

Mitteilung des Senats vom 11. Juni 2002**Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremen**

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 15/1139 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Der DIHK (Deutsche Industrie- und Handelskammertag) legt mit dem Bericht „Standorte in Deutschland“ die Ergebnisse einer Unternehmensbefragung in den 82 IHK-Bezirken Deutschlands vor. Anfang 2002 wurden mehr als 20.000 nach Branche, Unternehmensgröße sowie regionaler Verteilung repräsentativ ausgewählte Mitgliedsunternehmen zu ihrer Einschätzung der Standortattraktivität ihrer Region und zu den dringlichsten Maßnahmen für eine höhere Attraktivität des Standortes Deutschland befragt.

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse konnte erstmals ein Ranking der Standortattraktivität der 82 deutschen IHK-Bezirke erstellt werden. Insgesamt erhält der Standort Deutschland von den befragten Unternehmen die durchschnittliche Note 2,96. Bei dieser Bewertung spielten sowohl harte als auch weiche Standortfaktoren eine Rolle. Die befragten Unternehmen konnten fünf Noten von „sehr gut“ bis „schlecht“ vergeben. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass selbst der am besten benotete Standort Frankfurt am Main lediglich die Note 2,43 erhielt. Bremen bekam im Vergleich dazu die Durchschnittsnote 2,8 und ist damit auf Position 20 im obersten Drittel zu finden. Im norddeutschen Vergleich erhielt der Kammerbezirk Bremen die drittbeste Bewertung hinter Hamburg und Osnabrück. Bei der Veränderung der regionalen Standortbedingungen während der letzten drei Jahre schneidet der Bezirk Bremen bundesweit sogar am besten ab. Dazu führt die DIHK-Studie weiter aus: „Mehr als ein Drittel der Unternehmen attestiert dem Standort Bremen, dass sich dort die Bedingungen verbessert haben. Bremen hat im Urteil der Unternehmen während der vergangenen Jahre deutlich an Profil gewonnen — eine Folge auch der Vielzahl zukunftsorientierter Investitionen am Standort. Bemerkenswert ist dabei, dass die deutliche Ausweitung von Investitionen bei gleichzeitiger Rückführung der konsumtiven öffentlichen Ausgaben sich in einer positiven Bewertung durch die Unternehmen niederschlägt.“

Insgesamt wurden von den Unternehmen sieben regionale Rahmenbedingungen einer Bewertung unterzogen. Als beste bremische Standortfaktoren wurden an erster Stelle die Nähe zu Lieferanten/Kunden/Partnern und an zweiter Stelle Technologietransfer/Hochschulkooperation genannt. Im Mittelfeld folgten die Faktoren Verfügbarkeit/Kosten von Gewerbeflächen und Verkehrsinfrastruktur.

Als Standortschwäche wird von den Unternehmen in Bremen neben der Höhe der kommunalen Steuern, Abgaben und Gebühren die Leistungsfähigkeit der Behörden und die Qualität der Bildungseinrichtungen benannt. Das Bildungssystem zu modernisieren steht in Bremen wie insgesamt im Norden, Westen und Osten der Bundesrepublik an dritter Stelle der dringendsten Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität. In Bremen wird diese Maßnahme von knapp zwei Dritteln der Unternehmen gefordert.

1. Wie erklärt sich der Stimmungsumschwung unter den Unternehmen zugunsten des Standortes Bremen?

Der Senat hat in den letzten Jahren durch gemeinsames Agieren von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, Wissenschafts- und Technologiepolitik, aber auch von Bildungs-, Bau- und Umweltpolitik große Anstrengungen zur Erhöhung der Standortattraktivität Bremens unternommen.

Der Stimmungswandel unter den bremischen Unternehmern ist auf die investitions- und innovationsfreundliche Strukturpolitik des Senats zurückzuführen, die im Rahmen des Investitionssonderprogramms (ISP) und des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms (WAP) sowie anderer strukturpolitisch wirksamer Programme (wie z. B. Hochschulgesamtplan, BAP usw.) umgesetzt wird. Begleitet wird diese Politik von einer tiefgreifenden Strukturreform aller Verwaltungsbereiche. Insbesondere wirkt sich die Wirtschaftsförderung aus einer Hand durch die Gesellschaften BIG und BIS positiv aus.

Die auf eine langfristige Stärkung der Wirtschaftskraft und Modernisierung ausgerichteten Projekte haben zu einer deutlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt. So konnte Bremen im Jahr 2000 mit 3,2 % das höchste Wirtschaftswachstum aller norddeutschen Länder aufweisen. Auch im Jahr 2001 lag Bremen in schwierigem konjunkturellen Umfeld mit einem Wachstum von 1,2 % hinter Hamburg und Hessen auf Platz 3 aller Bundesländer und übertraf deutlich die gesamtdeutsche Wachstumsrate (0,6 %). Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote lag im Jahr 2000 um 1,3 Prozentpunkte unter der des Vorjahres und ging im Jahre 2001 um weitere 0,6 Prozentpunkte zurück. Auch bei der Beschäftigung legte Bremen überdurchschnittlich zu: Nach einem kräftigen Beschäftigungsaufbau im Jahre 2000 um etwa 8.000 Personen nahm auch im Jahre 2001 die Zahl der Erwerbstätigen überdurchschnittlich um etwa 1.600 zu. Mit Wachstumsraten von 1,7 % bzw. 0,4 % lag Bremen auch beim Beschäftigungszuwachs in der Spitzengruppe aller Bundesländer.

Die bedarfsgerechte Ausweisung von Gewerbegebieten hat zusätzliche private Investitionen angeregt.

Die Investitionsquote des Landes ist von 10,6 % im Jahre 1995 auf 16,1 % im Jahr 2001 angestiegen. Die damit in Verbindung stehende Verbesserung der wirtschaftsorientierten Infrastruktur hat wesentlich zur Erhöhung der Standortattraktivität und der Metropolfunktion Bremens beigetragen.

Strukturpolitische Vorhaben beschränkten sich dabei nicht nur auf die Aufwertung harter Standortfaktoren wie die Erschließung von Gewerbeflächen oder die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur. Durch Projekte wie z. B. die Revitalisierung der Schlachte, den Bau des Universum Science Centers sowie das Innenstadt- und Nebenzentrenprogramm wurden auch die Attraktivität des Standortes Bremen insgesamt und damit die Lebensqualität und der Wohnwert erhöht. Mit der erfolgreichen Wissenschafts- und Forschungspolitik des Senats, die die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven deutlich gesteigert hat und diesen eine überregionale Reputation verschafft hat, konnte ein von den regionalen Unternehmen besonders positiv bewerteter Beitrag zur Standortpolitik geleistet werden. Die Gründung der Internationalen Universität (IUB) hat national und international ein Zeichen für die besondere Innovationskraft Bremer Wissenschaftspolitik gesetzt. Zwischenzeitlich ist die IUB die erste vom Wissenschaftsrat akkreditierte private Universität in Deutschland. Auch in Fragen der Bildungspolitik besteht zwischenzeitlich nach einem intensiven Dialog zwischen Senat und Wirtschaft ein weitestgehender Konsens über die notwendigen Modernisierungsschritte.

Mit der Strategie „Investieren und Sparen“ ist schließlich auch das Vertrauen der bremischen Unternehmen in die Politik gestiegen, eine wichtige Grundlage für positive unternehmerische Investitionsentscheidungen und damit weiteres Wirtschaftswachstum. Im bundesweiten Vergleich schauen Unternehmen deshalb in Bremen mittlerweile wieder optimistischer in die Zukunft als in anderen Regionen. Zu diesem Ergebnis kommen neben der o. g. DIHK-Umfrage auch Erhebungen der Landeszentralbank Bremen/Niedersachsen/Sachsen-Anhalt.

Die investitionsfreundliche Politik des Senats wird ergänzt durch das im Jahr 1998 aufgelegte „Landesprogramm zur Qualifizierungsförderung für die bremische Wirtschaft - Begleitung von Unternehmensansiedlungen“. Mit diesem Landesprogramm werden kleine und mittlere Unternehmen, die sich neu ansiedeln, während der Aufbauphase bei der Qualifizierung und Personalentwicklung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unterstützt.

2. Welche Maßnahmen plant der Senat, um Bremen dauerhaft an der bundesweiten Spitze in den Bereichen Standortverbesserung, Technologietransfer/Hochschulkooperation sowie Kunden- und Lieferantennähe zu etablieren?

Standortverbesserung:

Standortverbesserungen lassen sich nur durch ein Bündel von verschiedenen Maßnahmen in den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen im Rahmen der beschlossenen Eckwerte realisieren. Sie führen erfahrungsgemäß erst in der Summe zu dem gewünschten Erfolg. Hierzu zählen so unterschiedliche Maßnahmen wie z. B. Infrastrukturverbesserungen, Gewerbeflächenentwicklung, Wirtschafts- und Tourismusförderung, Wissenschafts- und Technologiepolitik, präventive Arbeitsmarktpolitik sowie Investitionen in die Bildung, Wohnungsbauförderung, Einzelhandelsförderung..

In Bremen sind hierzu in den vergangenen Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen worden, die an dieser Stelle im Einzelnen nicht aufgeführt werden können.

Aufgrund der offensichtlichen Erfolge des Maßnahmenbündels, der sich u. a. in dem Stimmungsumschwung unter den Bremer Unternehmen zugunsten des Standortes Bremen äußert (vgl. Frage 1), sollen die Bemühungen weiter fortgesetzt werden.

Technologietransfer/Hochschulkooperation:

Der Senat hat im April des Jahres mit dem Programm InnoVision 2010 ein Rahmenprogramm für die Technologiepolitik des Senats beschlossen und darin die zentralen Aktivitäten zur Stärkung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts aufgezeigt. Mit dem Wissenschaftsplan 2010 wird der Senator für Bildung und Wissenschaft im Sommer 2002 die Hochschul- und Forschungsplanung für die nächsten Jahre vorlegen, die die Qualifizierungs- und Forschungskapazitäten der bremischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen innovationsorientiert weiterentwickelt. Durch gezieltes Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft in leistungsstarken Feldern sollen neue wirtschaftliche Potentiale für Bremen erschlossen werden, wobei Wissenschaft Anker und Kern des erweiterten Technologieparks bilden wird. In Ergänzung zu den geplanten Mitteln des Wissenschaftsressorts für die Globalhaushalte der Hochschulen sieht die Wissenschaftsplanung bis 2010 ein spezielles Programmbudget vor, mit dem die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass forschungsorientierte Transfer- und Beratungsleistungen ausgeweitet werden und zu einer wachsenden Zahl an Ausgründungen führen. Insgesamt soll mit Hilfe einer innovativen, in der Wirtschaft präsenten Wissenschaft ein Aufbruchs- und Gründungsumfeld geschaffen werden, das auch den Wirtschaftsstandort Bremen überregional attraktiv macht und nachfrageorientierte Aktivitäten entfaltet. Das vorgesehene Programmbudget soll es ermöglichen, dass die Hochschulen ihre bisherigen Kooperationen mit der Wirtschaft intensivieren und ausbauen und ihre Kundenorientiertheit insbesondere auch gegenüber der Gruppe der KMU in Bremen verbessern. Dazu zählt eine aktivere Rolle der FuE-Einrichtungen bei der Vermarktung ihrer Dienstleistungen. Erste Schritte dazu stellen das in der Universität Bremen inzwischen etablierte Forschungs- und Experteninformationssystem FOREX sowie der Bremer Internetauftritt „City of Science“ dar, die in Verbindung mit den derzeit aktuell laufenden Wissenschaftssonabenden im aktiven Marketing eine besondere Rolle spielen. Durch die Schaffung geeigneter Foren und Plattformen sollen Möglichkeiten der Kontaktaufnahme intensiviert und Netzwerkstrukturen gebildet werden. Für mehr Transferaktivitäten soll ein leistungsfähiges Potential an wissenschaftlichen Mitarbeitern bereitgestellt werden. Die Programmbudgets werden Unterstützung dafür geben, eine wachsende Zahl potentieller Kooperationspartner aus der Wirt-

schaft zu gewinnen. Als wichtiges Standort bildendes Element ist auch das Angebot der InnoWi zu sehen, die als Patentverwertungsagentur im Rahmen eines seit Jahresbeginn vom BMBF geförderten Projektes im Land Bremen anfallende wissenschaftliche Erfindungen der Patentierung und damit der wirtschaftlichen Verwertung zuführen wird, was die Vermarktung wissenschaftlicher Ergebnisse weit über den bisherigen Status Quo erlaubt.

Die Förderung von Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus wird mit dem Projekt BRIDGE (Bremer Hochschulinitiative zur Förderung von unternehmerischem Denken, Gründung und Entrepreneurship) zu vermehrtem und bestandskräftigeren Unternehmensgründungen beitragen, die in Ergänzung mit den vorgenannten Maßnahmen den Wirtschaftsstandort Bremen weiter stärken werden.

Informations- und Kommunikationstechnologien haben sich in den letzten Jahren zu einem der zentralen Aktionsfelder der Wirtschaftspolitik des Landes Bremen entwickelt. Bremen ist der führende IT- und Multimedia-Standort in Nordwestdeutschland. Über 600 Unternehmen mit etwa 7.500 Beschäftigten arbeiten in den so genannten T.I.M.E.-Bereichen: Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia und Entertainment.

Das im Jahre 2000 vom Senat beschlossene Landesprogramm „Bremen in t.i.m.e.“ hat als Ziel, auf dem Weg in die Wissens- und Informationsgesellschaft alle Bevölkerungsgruppen und alle Sektoren der Wirtschaft an eine intensive Mediennutzung heranzuführen und, ausgehend von den Standortstärken, Wachstumschancen im TIME-Bereich gezielt auszubauen. Als Schwerpunktthemen haben sich insbesondere die Bereiche eBusiness, eLearning, eGovernment, mobile Kommunikation, Datenschutz und die Entwicklung und Anwendung von Telematik-Konzepten im Bereich Logistik herausgebildet.

Zu einem besonderen Aktionsschwerpunkt im TIME-Bereich hat sich in Bremen die mobile Kommunikation entwickelt.

Das Land Bremen verfolgt das Ziel, sich zu einem führenden Kompetenzzentrum für die Anwendungsentwicklung neuer Mobilfunktechnologien zu positionieren. Die vorhandenen Potenziale für die Kombination von Entwicklung und Test mit der Anwenderwirtschaft vor Ort unterscheidet Bremen von anderen Standorten. Die Chance Bremens liegt insbesondere darin, systematisch die regionale Kompetenz weiter auszubauen und über strategische Bündnisse überregionale Partner zu gewinnen.

Neben der Neuschaffung von Arbeitsplätzen sind durch die Maßnahmen im Rahmen der bremischen Strategie auch entsprechende Impulse zur Beschäftigungssicherung zu erwarten. Vor dem Hintergrund der sich durch UMTS erneut ergebenden erheblichen Veränderungen in der Arbeits- und Geschäftswelt steht hierbei die Festigung der Wettbewerbsfähigkeit regionaler KMU im Mittelpunkt.

Die Unternehmen in der Region werden durch die zur Verfügung stehende Infrastruktur und die sich entwickelnden Kompetenznetzwerke gute Voraussetzungen haben, sich erfolgreich an innovativen Produktentwicklungen zu beteiligen, neue Geschäftsfelder zu erschließen und die mobilen Technologien zur Optimierung von Geschäftsprozessen und Betriebsabläufen einzusetzen.

Kunden- und Lieferantennähe:

Die Nähe zu Lieferanten, Kunden und Partnern wird durch die Bremer Unternehmer in der DIHK-Umfrage als bester Standortfaktor bewertet.

Dieser Erkenntnis folgend ist bei der Planung von Gewerbestandorten in den vergangenen Jahren gezielt die räumliche Nähe zwischen Kunden und Lieferanten berücksichtigt worden. Hierdurch werden lange Wege vermieden und gute Just-in-time bzw. Just-in-sequence Beziehungen werden ermöglicht. Zusätzlich werden bei eindeutig funktionalen Beziehungen (z. B. Gewerbepark Hansalinie Bremen - DaimlerChrysler) die Verkehrsbeziehungen verbessert, um optimale Standortvoraussetzungen zu schaffen.

Beispiele für die Berücksichtigung des Faktors „Nähe“ durch eine vorausschauende Gewerbeflächenplanung sind z. B. der Gewerbepark Hansalinie Bremen und der Technologiepark.

In der Wirtschaft herrschen heute hohe Terminanforderungen vor, und Verspätungen oder Lieferausfälle führen zu hohen Vertragsstrafen. Funktionierende, schnelle und sichere Verkehrsinfrastrukturen sind daher wichtige Standortfaktoren. Im Gewerbepark Hansalinie Bremen finden Firmen aus dem Bereich der Automobil-Zulieferindustrie einzigartige Bedingungen vor. Durch die gute Anbindung an regionale und überregionale Verkehrsachsen und wegen der räumlichen Nähe zu DaimlerChrysler, Werk Bremen, die derzeit verkehrstechnisch durch den Bau des Hemelinger Tunnels noch weiter verbessert wird, werden in diesem Gewerbegebiet gezielt Akquisitionen für Automobil-Zulieferer gefördert.

Die Nachfrage der Unternehmen nach Ansiedlungsflächen im Gewerbepark Hansalinie Bremen ist weiterhin hoch. Die zügige weitere Entwicklung des Gewerbeparks ist daher als vordringliche Aufgabe erkannt worden. Der Senat hat am 21. März 2000 die weitere Planung und Umsetzung des Gewerbegebietes in die Arberger und Mahndorfer Marsch beschlossen. Die Zielsetzung sieht die Erweiterung des heutigen Gewerbeparks (rund 50 ha Nettofläche) um rund 215 ha Nettogewerbefläche vor. Das Gewerbegebiet wird sich dann in einem 1,2 km breiten Siedlungsband entlang der BAB 1 bis zur Landesgrenze erstrecken.

Anders gelagert - aber von ebenso großer Bedeutung - sind die Beziehungsgeflechte im Bereich des Technologieparks Universität Bremen. Der Technologiepark ist die erste Adresse für technologieorientierte Unternehmen in Bremen. Dieser Standort bietet die erforderliche unmittelbare räumliche Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen und zur Universität. Transfereinrichtungen unterstützen dabei den Technologietransfer von Einrichtungen der Wissenschaft zu Unternehmen. Er eignet sich daher in besonderem Maße für Gründungen und Ansiedlungen innovativer technologieorientierter Unternehmen. Die Erweiterung des heute schon zu den größten Technologieparks Deutschlands zählenden Areals wurde vom Senat beschlossen und befindet sich in der Umsetzung. Die städtebauliche Verdichtung der vorhandenen Flächen wird eine zusätzliche Erweiterung der Kapazitäten bewirken.

Mittelfristig ist die Erschließung weiterer technologieorientierter Gewerbeflächen erforderlich. Der Senat hat daher in der Sitzung vom 28. März 2000 mit dem Ziel, einen qualitativ durchstrukturierten Technologiestadtteil zu schaffen, die Vergabe eines umfassenden Stadtentwicklungsauftrages beschlossen. Vor dem Hintergrund internationaler Erkenntnisse, der zukünftigen Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Wissenschaft sowie der technologiepolitischen und der konzeptionellen Anforderungen, die an einen Technologiestadtteil gestellt werden, ist auf der Grundlage eines umfassenden Standortvergleichs ein Vorschlag für einen qualitativ durchstrukturierten Technologiestadtteil zu entwickeln. Die räumliche Nähe zu Hochschul- und Forschungseinrichtungen ist hierbei ein wichtiges Kriterium.

3. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen bzw. wird er noch ergreifen, Bremen auch im Bereich der Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und der Verkehrsinfrastruktur an die bundesweite Spitze zu führen?

Verfügbarkeit von Gewerbeflächen:

Durch die DIHK-Studie wird ausgeführt, dass Flächenengpässe im Einzelfall zu den Faktoren gehören, die Unternehmen zum Standortwechsel oder aber ansiedlungsbereite Unternehmen zur Entscheidung gegen die Region veranlassen können. In Bremen wurden diese Probleme erkannt, und der Senat hat in den vergangenen Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen, um den Unternehmen ausreichende und qualitativ geeignete Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen. Mit der Aufstellung des „Integrierten Flächenprogramms für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen von 1993“ wurde ein Wendepunkt hinsichtlich der Bereitstellung von Gewerbeflächen markiert. Das IFP '93 umfasste zehn sogenannte Schwerpunktprojekte mit insgesamt 376 ha Nettogewerbefläche. Weitere 178 ha Flächenreserve entfielen auf verschiedene kleinere

Gewerbeflächen einschließlich der Nachverdichtungspotentiale in bestehenden Gewerbegebieten.

Seit der Aufstellung des IFP '93 wurden (bis einschließlich 2001) insgesamt 428 ha Nettogewerbefläche - also Fläche, die den Gewerbetreibenden tatsächlich zur Verfügung steht - erschlossen (davon 121 ha Brachflächen), und 360 ha Nettogewerbeflächen, wurden vergeben. Auf diesen Flächen wurden Investitionen in Höhe von 1100 Mill. Euro realisiert, verbunden mit über 20.000 Arbeitsplätzen, die neu geschaffen bzw. gesichert wurden.

Vergabe und Erschließung von Gewerbeflächen in den Jahren 1993 – 2001 in ha												
		1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	1993 - 2001	☉ p.a.
Gewerbe- fläche: vergeben	Schwerp. Projekte	4,3	21,9	23,2	28,4	31,5	37,1	32,2	31,0	43,5	253,1	28,1
	Sonstige Projekte	4,0	3,7	12,2	5,2	12,4	7,2	27,8	14,0	20,4	106,9	11,9
	Summe	8,3	25,6	35,4	33,6	43,9	44,3	60,0	45,0	63,9	360,0	40,0
Gewerbe- fläche: erschlossen	Schwerp. Projekte	2,7	13,9	22,9	29,4	45,7	63,8	89,5	33,1	36,8	337,8	37,5
	Sonstige Projekte	10,0	4,5	9,6	9,1	31,0	0,0	6,4	16,9	2,7	90,2	10,0
	Summe	12,7	18,4	32,5	38,5	76,7	63,8	95,9	50,0	39,5	428,0	47,6

In den Flächenvergaben nach Jahren spiegeln sich nachfrageseitig die konjunkturelle Situation und angebotsseitig die verfügbaren Flächenreserven wider. Durch einen Mangel an verfügbaren und geeigneten Gewerbeflächen konnten zu Beginn des IFP '93 selbst die aufgrund der konjunkturellen Lage begrenzten Flächennachfragen der Unternehmen nicht befriedigt werden. Bei der anziehenden Konjunktur standen dann jedoch ausreichend Flächen zur Verfügung, so dass die Nachfrage weitestgehend befriedigt werden konnte.

Im Betrachtungszeitraum wurde deutlich, dass durch ein attraktives und ausreichendes Angebot an Flächen Nachfrage induziert werden kann. Daher ist es erforderlich, stets eine ausreichend große Dispositionsreserve mit unterschiedlichen qualitativen Profilierungen (z. B. Flächen im Technologiepark Universität, Industrieflächen im Bremer Industriepark etc.) anbieten zu können.

Die Erfolge in der Gewerbeflächenpolitik der letzten Jahre belegen, dass die gewählte Strategie zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des Landes Bremen richtig und ohne Alternative ist. An diese positiven Ergebnisse soll mit dem derzeit in der Neuaufstellung befindlichen IFP 2010 angeknüpft werden. Oberstes Ziel der Wirtschaftsstrukturpolitik ist die Schaffung nachhaltiger Beschäftigung. Für dieses Ziel müssen weiterhin Gewerbeflächen in ausreichender Anzahl und Größe (quantitativer Aspekt) mit einem differenzierten Angebot und in verkehrsgünstiger Lage (qualitativer Aspekt) zur Neuansiedlung oder für die Erweiterung bzw. Umsiedlung bestehender Betriebe zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden weiterhin die Ziele „Bestandspflege- und Reaktivierung von Altflächen“ und „hohe Nutzungsintensität“ die Bremer Gewerbeflächenpolitik bestimmen. Neben einem Potenzial von so genannten Schwerpunkt- und sonstigen städtischen Erschließungsprojekten sollen in Zukunft auch Innenentwicklungen im privaten Bestand in das Erschließungsprogramm integriert und vermarktet werden. Konkrete quantitative und qualitative Zielvorgaben werden durch das derzeit in der Neuaufstellung befindliche Flächenprogramm „IFP 2010“ definiert werden.

Verkehrsinfrastruktur:

Der Senat hat vielfältige Maßnahmen ergriffen, um die Verkehrsinfrastruktur in Bremen deutlich zu verbessern.

Herausragend sind dabei die folgenden Fernstraßenprojekte, die u.a. ermöglicht werden können, weil der Bund für den Bundesfernstraßenbau statt bisher durchschnittlich 7,5 Mio. Euro - in der vergangenen Legislaturperiode - jetzt 31 Mio. Euro jährlich zur Verfügung stellt.

- Die Schaffung des dringend notwendigen Autobahnringes um Bremen (A 281) wurde vorangebracht. Am 3. Juni 2002 wurde durch die Grundsteinlegung mit dem Bau des 2. Bauabschnittes zwischen Neuenlander Ring und Wartumer Heerstraße in der Neustadt begonnen.
- Die A 27 zwischen Ihlpohl und Industriehafen wird ab Sommer 2002 sechsspurig ausgebaut, um die häufigen Staus von und nach HB-Nord zu beseitigen.
- Die Verbindung ins Ruhrgebiet und nach Hamburg/Berlin über die A 1 ist vom Bund für eine Grundsanierung bzw. den sechsspurigen Ausbau vorgesehen, sobald die Mautgebühr für schwere LKW eingeführt ist.
- Für die Steigerung der Standortattraktivität im örtlichen Verkehrsnetz sind durch den Senat vielfältige Projekte angestoßen worden. Hervorzuheben ist dabei der Bau des Hemelinger Tunnels, durch den unter anderem die DaimlerChryslerAG besser an das örtliche und überörtliche Verkehrsnetz angebunden wird. Ein wichtiges Verkehrsprojekt der Zukunft, durch das ebenfalls eine Verbesserung der Standortattraktivität erzielt werden kann, wird der vierstreifige Ausbau des Freihafenzubringers sein.

4. Welche Schritte zur Verbesserung der Ausbildung an den Schulen und in den Betrieben plant der Senat, um damit die Defizite in der schulischen und beruflichen Ausbildung kurzfristig abzubauen und den Standort Bremen für Gewerbesiedlungen noch attraktiver zu machen?

Nach einem intensiven Dialog haben im Mai 2002 der Präses der Handelskammer, der Senator für Bildung und Wissenschaft und der Senator für Wirtschaft und Häfen eine gemeinsame Erklärung zur „Initiative der Handelskammer Bremen Schule - Wirtschaft 2002“ unterzeichnet, in der zentrale Gesichtspunkte für die Weiterentwicklung des bremischen Bildungssystems festgehalten werden. Insbesondere die internationale Pisa-Schulvergleichsstudie macht in Bremen, aber auch in ganz Deutschland eine neue politische Bewertung des Themas Bildung notwendig. Wörtlich heißt es in der gemeinsamen Erklärung:

- „1. Bildung muss als zentrales Kulturgut wieder einen wichtigeren Stellenwert erhalten, sie ist umfassend und zeitgemäß zu bestimmen und kontinuierlich weiter zu entwickeln. Dazu gilt es, dass Politik, Gesellschaft und Wirtschaft dem Bildungssystem wieder eine höhere Wertschätzung zumessen und sich gemeinsam für die notwendigen Veränderungen einsetzen.
2. Es gilt, die Motivation und Eigeninitiative zu fördern. Das Bildungssystem muss Schüler wieder verstärkt zu Bildung motivieren. Das beginnt im Elternhaus, geht über den Kindergarten und die allgemein bildenden Schulen bis hin zu den weiterbildenden Einrichtungen. Dazu ist neben der staatlichen Bildungsadministration auch ein stärkeres Maß an Eigeninitiative erforderlich. Die einzelnen Bildungseinrichtungen bedürfen einer größeren Flexibilität und Autonomie, um für Schüler wie Lehrer motivierende Rahmenbedingungen geben zu können.
3. Die Leistungsorientierung muss als positiver Wert ein stärkeres Gewicht erhalten. Erfreulicherweise gibt es in Bremen in jüngster Zeit Ansätze, leistungsorientiertes Denken in allen Schulstufen wieder verstärkt zu etablieren. Hier gilt es anzusetzen, um aus den Leistungspotentialen jedes einzelnen Schülers das Bestmögliche zu entwickeln.

Die Weiterentwicklung des Bildungssystems ist eine gemeinsame Aufgabe von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Bürgern. Die Unterzeichner können nur dazu

beitragen, eine neue Lehr- und Lernkultur zu entwickeln. Gemeinsames Ziel muss sein, unser Bildungssystem als bestimmenden Faktor zu begreifen und seine hohe Qualität zu gewährleisten.“

Im allgemein bildenden Bereich stehen für den Senat folgende z. T. bereits umgesetzte Maßnahmen im Mittelpunkt einer Bildungspolitik, die das Leistungsniveau von Schulabsolventinnen und -absolventen dauerhaft anheben und die Bildungsbeteiligung erhöhen sollen:

- Stärkung der Sprachkompetenz in Kindergärten und Stärkung der Elternbildung,
- Stärkung der Grundschule durch die
 - Erhöhung des Unterrichtsangebotes (z. B. Englisch ab Klassenstufe 3),
 - frühe, präventive und gezielte Förderung in den Grundkompetenzen,
 - bedarfsgerechter Aufbau von Ganztagsangeboten,
 - regelmäßige Evaluation des individuellen Lernstandes der Schülerinnen und Schüler,
- gezielte Förderung von Problemgruppen, deren Förderbedarf insbesondere in den sprachlichen Kompetenzen, wie in der Pisa-Untersuchung belegt wird, besonders ausgeprägt ist,
- ressortübergreifende Projekte gegen Schulvermeidung,
- Überarbeitung der Lehrpläne verbunden mit einer Konkretisierung der Leistungsstandards und der Abschlussniveaus der einzelnen Bildungsgänge,
- Sicherung dieser Standards über ein weiter zu entwickelndes Verfahren von Parallel- und Vergleichsarbeiten und besonderer Formen der Leistungsüberprüfungen,
- Modernisierung des Fremdsprachenunterrichts mit einer Stärkung des Anwendungsbezugs, bilingualen Modulen und einer Zertifikatsvorbereitung in den oberen Jahrgangsstufen,
- Stärkung der ökonomischen Bildung und Weiterentwicklung und Ausweitung der berufsorientierenden Angebote,
- Verstärkung und didaktische Aktualisierung des naturwissenschaftlichen Unterrichts,
- Einrichtung von Programmen zur Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung, mit dem Schwerpunkt auf die Schulung methodischer und sozialer Kompetenzen
- Neustrukturierung und Neuausrichtung der Lehrerbildung.

Weitere Maßnahmen wird der Senat einleiten, sobald die Auswertung der Pisa-Ergebnisse abgeschlossen ist.

In der beruflichen Bildung werden die Bildungsgänge und -angebote in Abstimmung und Kooperation mit den Institutionen der Wirtschaft kontinuierlich evaluiert und an die jeweils aktuellen Qualifikationsbedarfe der Region angepasst. Dieses Projekt wird beim Senator für Bildung und Wissenschaft unter der Bezeichnung „Reform der Beruflichen Oberstufe“ durchgeführt.

Darüber hinaus sollen sich die beruflichen Schulen zu „Regionalen Berufsbildungszentren“ entwickeln, um als Partner der ausbildenden Wirtschaft die Qualitätsstandards der beruflichen Ausbildung zu sichern und zu verbessern und in Kooperation mit den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen den Weiterbildungsbedarf der Region zu berücksichtigen. Ein entsprechendes Pilotprojekt, das aus den Mitteln des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms finanziert wird, ist zum 1. Mai 2002 angelaufen.

Grundsätzlich soll die Lernortkooperation Berufsschule - Betrieb durch eine Institutionalisierung des so genannten Berufsbildungsdialoges und durch das Landesprogramm „Lernortübergreifende Ausbildungspartnerschaften“ gefestigt und ausgebaut werden. Dieses Landesprogramm hat bereits Erfolge vorzuweisen: Durch eine institutionalisierte und öffentlich geförderte Zusammenarbeit zwischen Betrieben, beruflichen Schulen und Partnern aus Wissenschaft und Weiterbildung konnten schwerpunktmäßig in der Stadtgemeinde Bremerhaven neue und innovative Ausbildungsplätze - beispielsweise in den IT- und Medienberufen - eingerichtet werden. Allein mit dem Projekt „Ausbildungspool Bremerhaven“ wurden in den letzten Jahren über 90 Ausbildungsplätze geschaffen.

Mit dem Landesprogramm „Ausbildung im Verbund“ wird die rein betriebliche Kooperation von Unternehmen unterstützt, die allein nicht ausbilden können und nach dem Berufsausbildungsgesetz auch nicht dürfen, in dem die jungen Menschen ihre Berufsausbildung in zwei Partnerbetrieben absolvieren.

Seit 1996 konnten über 350 kleine Betriebe gewonnen werden, erstmalig Ausbildungsplätze bereitzustellen oder in neuen Berufen auszubilden. Über 400 Jugendliche haben damit eine duale Ausbildung beginnen können, junge Frauen haben mit 47 % knapp die Hälfte aller Plätze belegen können. Über 30 % dieser Verbundausbildungsplätze sind in den Berufsfeldern „Telekommunikation, Informationstechnik, Medien und Elektronik“ angesiedelt. Dies macht deutlich, dass mit diesem Landesprogramm auch der Aufbau von jungen Unternehmen, insbesondere in den Technologieparks, unterstützt wird.

5. In welcher Form beabsichtigt der Senat, die von ihm zu treffenden Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen und beruflichen Bildung zur erfolgreichen Ansiedlung weiterer Gewerbebetriebe und zur Stärkung des Renommées des Landes Bremen nach außen darzustellen?

Die in der Beantwortung zu Frage 4 genannten Maßnahmen werden im Dialog und in Abstimmung mit dem „Runden Tisch Bildung“, dem Arbeitskreis Schule/Wirtschaft, Betrieben, Kammern, Institutionen und Verbänden der Wirtschaft, den Landesausschüssen für Berufsbildung und Weiterbildung, etc. eingerichtet und durchgeführt. Daraus ergibt sich eine breite Beteiligung und Öffentlichkeitswirksamkeit in der Fachöffentlichkeit.

Darüber hinaus werden die Maßnahmen jeweils zeitnah und zielgenau in den regionalen und überregionalen Presseorganen und sonstigen Medien dargestellt und damit zur Stärkung des Renommées des Landes Bremen genutzt.

Der Senat begrüßt in diesem Zusammenhang die Initiativen der Handelskammer Bremen sowie der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven, die in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf die enge kooperative Zusammenarbeit mit dem bremischen Senat und der regionalen Wirtschaft ausdrücklich verweisen.

Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven, das sich die Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation im Lande Bremen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zum Ziel gesetzt hat, soll mit seinen Ergebnissen ebenfalls vermehrt in das Standortmarketing eingebunden werden.

6. Welche Reformen hält der Senat für erforderlich, um das Bildungssystem in Bremen im vorderen Bereich aller Bundesländer zu positionieren?

Zu verweisen ist auf die Antwort zu Frage 4. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass eine genaue Analyse der erst Ende Juni 2002 vorliegenden Pisa-Ergebnisse für die Länder der Bundesrepublik Deutschland in die Umbauüberlegungen im Bildungsbereich einzubeziehen ist. Schon die internationale Vergleichsstudie hat zudem deutlich gemacht, dass bei einem Leistungsvergleich mit den Flächenländern die vielfältigen besonderen Großstadtprobleme (u. a. Zahlen der Sozialhilfeempfänger, Arbeitslosen und Migranten) bei einem Stadtstaat wie Bremen besonders zu berücksichtigen sind.